

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben für Frauen in Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin ermöglicht allen Geschlechtern eine freie Lebensweise. Dazu muss sichergestellt werden, dass sich alle Berlinerinnen und Berliner zu jeder Zeit und in allen Lebensphasen sicher fühlen können und vor Gewalt geschützt werden. Gewalt gegen Frauen kann vielfältige Formen annehmen und wird in keiner Weise in unserer Stadt akzeptiert.

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Frauenhausinfrastruktur so auszubauen, dass sie den größer werdenden Problemlagen gerecht wird. Dazu gehört u. a., bedarfsgerecht weitere Plätze in Frauenhäusern sowie anderen geeigneten Schutzeinrichtungen zu schaffen, um die hohe Auslastung der bestehenden sechs Frauenhäuser aufzufangen.
2. Cybergewalt durch die Ausweitung der Angebote von Trägern, die sich für die Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen stark machen und sich gegen Gewalt im digitalen Raum einsetzen, gezielt entgegen zu treten.

#### ***Begründung:***

Im Jahr 2015 wurden 14.490 Straftaten im Rahmen von häuslicher Gewalt und 2.792 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfasst. Die sechs Berliner Frauenhäuser stellten im vergangenen Jahr 326 Plätze zur Verfügung. Mit einem Auslastungsgrad von 97,23 % gibt es einen neuen Höchststand der Nutzung der Frauenhäuser in Berlin. 974 Frauen und 1045 Kinder nutzten das Angebot der Berliner Frauenhäuser im Jahr 2016. Diese Zahlen zeigen, dass es einen dringenden Bedarf für weitere Plätze in Frauenhäusern in Berlin gibt, um von Gewalt

betroffenen Frauen Unterschlupf und Beratung zu bieten. Gründe sind u.a. die wachsende Bevölkerung generell, die besonderen Bedarfe geflüchteter Frauen und die größer werdenden sozialen Problemlagen, denen Rot-Rot-Grün sich entschlossen stellen wird.

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Neben körperlich ausgeübter und sexualisierter Gewalt gibt es ebenso psychische Gewalt. Cybermobbing und Hate Speech richten sich nicht allein, aber vor allem gegen Frauen. Die Anonymität des Internet trägt zur Einschüchterung von Frauen bei. Aber auch unter Klarnamen werden mittlerweile Frauen diffamiert, öffentlich beleidigt und bloßgestellt. Wir wollen Träger dabei unterstützen, ihr Angebot gegen Cybergewalt auszubauen und Betroffenen eine Anlaufstelle zur Beratung zu bieten.

Berlin, den 1. März 2017

Saleh            Çağlar  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Bluhm            U. Wolf            I. Schmidt  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek            Gebel            Kofbinger  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen